BVG-Tarifstreit eskaliert: Unbefristeter Streik droht ab April!

Tarifverhandlungen der BVG scheitern, Gewerkschaft Verdi plant Urabstimmung zu unbefristetem Streik ab April 2025 in Berlin.

Berlin, Deutschland - Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) sind kürzlich gescheitert. Verdi-Verhandlungsführer Jaremy Arndt informierte den rbb über das Ergebnis der Gespräche, die seit Mitte Januar für rund 16.000 Mitarbeiter geführt werden. Die BVG kündigte einen weiteren Verhandlungstermin für den 10. April an, während die Gewerkschaft Verdi eine Urabstimmung über einen unbefristeten Erzwingungsstreik vorbereitet.

Die Gespräche haben bereits in der Vergangenheit zu vier Warnstreiks geführt, zuletzt am Mittwoch und Donnerstag. Ein unbefristeter Streik könnte frühestens im April beginnen, da eine Urabstimmung erforderlich ist, bei der mindestens 75 Prozent der teilnehmenden Mitglieder zustimmen müssen. Die BVG hingegen kritisiert die Gewerkschaft für ihre hohen Gehaltsforderungen von 750 Euro pro Monat und fordert eine Bewegung von Verdi, die bisher kaum von ihren Maximalforderungen abgerückt sei, wie die Berliner Zeitung berichtet.

Forderungen und Angebote

Verdi fordert neben einer Gehalterhöhung von 750 Euro pro Monat auch ein 13. Monatsgehalt sowie Zulagen für Fahrdienst und Schichtarbeit. Die BVG hat daraufhin ein Angebot gemacht,

das eine stufenweise Gehaltserhöhung von 375 Euro über 24 Monate vorsieht. Die BVG erkennt zwar den Nachholbedarf an, hält jedoch die Forderungen der Gewerkschaft für nicht finanzierbar. Diese Differenzen könnten zu einem Stillstand in Berlin führen, falls ein Streik tatsächlich umgesetzt wird.

Währenddessen laufen im öffentlichen Dienst allgemeine Tarifverhandlungen, die ebenfalls gescheitert sind. Hier sind über 2,5 Millionen Menschen betroffen, darunter auch Angestellte im Nahverkehr, wie die Tagesschau berichtet. Der öffentliche Dienst fordert eine Tariferhöhung von 8% oder mindestens 350 Euro mehr pro Monat sowie drei zusätzliche freie Tage, während die Arbeitgeberseite zuletzt eine Erhöhung der Entgelte um 5,5% angeboten hat.

Die Aussicht auf weitere Warnstreiks in Berlin bleibt bestehen, sollte es vor der Urabstimmung keine Fortschritte geben. Zudem könnte eine Schlichtung angestrebt werden, die jedoch die Zustimmung beider Seiten erfordert.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.tagesschau.de • www.berliner-zeitung.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de